

Ltd. KVD Allroggen wies darauf hin, dass die fachliche und strukturelle Weiterentwicklung der Sozialpsychiatrischen Zentren im Rhein-Sieg-Kreis im Ausschuss für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen am 15.11.2010 beraten worden sei. Da das Thema auch die Zuständigkeit des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung tangiere, sei das Thema auch in diesem Ausschuss eingebracht worden.

Im Ausschuss für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen habe man den Beschluss gefasst, die vertiefte Weiterbehandlung der fachlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in einem Arbeitskreis der sozialpolitischen und behindertenpolitischen Sprecher zu behandeln. Da ein erstes Treffen noch in diesem Jahr erfolgen solle, sei dies aus organisatorischen Gründen auf den 15.12.2010, 16.00 Uhr terminiert worden.

Abg. Donix fügte hinzu, neben den Sprechern würden dem Arbeitskreis auch die Vorsitzenden der beiden Ausschüsse angehören und die Träger der SPZ's und ggf. ein Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland sollten teilnehmen.

Abg. Deussen-Dopstadt gab zu bedenken, bereits Anfang des Jahres wäre dieses Thema im Zusammenhang mit dem Hinweis der Wohlfahrtsverbände, dass sich die bei den Fachkräften zu Grunde gelegten Stundenansätze als nicht auskömmlich erweisen würden, debattiert worden. Nun ergebe sich aus der Vorlage eine Änderung von der fallbezogenen zur sozialraumbezogenen Finanzierungsart. Eine Inklusion bedeute jedoch vor allem mehr aufsuchenden sozialen Dienst, um für psychisch beeinträchtigte Menschen den Kontakt zu Vereinen und zum nachbarschaftlichen Umfeld herzustellen und sicherzustellen. Dies führe dazu, dass mehr Aufgaben bei steigenden Fallzahlen mit den gleichen Mitteln geleistet werden müssten, was aus ihrer Sicht schwerlich sein könne und einer grundsätzlichen Überlegung bedürfe.

Ltd. KVD Allroggen wies zunächst auf die vom Kreistag vorgegebene oberste Priorität hin, die zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal zu nutzen. Die fachliche Vorgehensweise habe die Verwaltung mit den Trägern der SPZ's abgestimmt. Es gebe unterschiedliche Ansätze hinsichtlich der Vorgehensweise. Anstatt die psychisch beeinträchtigten Menschen zum SPZ hin zu orientieren, sollten diese nun mit Hilfe des SPZ's in ihr Umfeld integriert werden. Man habe mit diesem Vorschlag versucht, der geänderten Sichtweise zur Integration bzw. Inclusion Rechnung zu tragen. Unabhängig davon stelle sich die Frage der notwendigen bzw. ausreichenden Finanzierung der SPZ's.

Abg. Küpper begrüßte die Einrichtung eines Arbeitskreises und betonte, seine Fraktion würde die Beteiligung des LVR an diesem Arbeitskreis befürworten.